

## Aktuelles Stichwort: Brexit – Verhandlungen über die künftigen Beziehungen mit UK dürfen nicht scheitern

**5. März 2020: Am Montag haben die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich begonnen. Sowohl die divergierenden Verhandlungsmandate als auch der enge Zeitkorridor erhöhen den Druck auf beiden Seiten, zu einem soliden Handels- und Partnerschaftsabkommen zu gelangen. Andernfalls drohen Auswirkungen auf die Finanzstabilität.**

### **Verhandlungen mit Hindernissen**

Zurecht hat die EU in ihrem Mandat festgelegt, dass die Priorität auf einem Freihandelsabkommen mit fairen Wettbewerbsbedingungen und gleichen Umwelt-, Sozial-, Steuer- und Subventionsstandards liegt. Die bis Ende 2020 geltende Übergangsphase bietet gleichwohl wenig Zeit, um die umfangreichen Themenblöcke einvernehmlich auszuverhandeln. Gerade im Finanzdienstleistungsbereich konnten in den vergangenen 40 Jahren gemeinsame Standards in der Regulierung und der Aufsicht geschaffen werden, die nun im schlimmsten Fall zur Disposition stehen. Es besteht Sorge, dass sich die politischen Diskussionen oder gar parallelen Verhandlungen nachteilig auf Märkte auswirken und zur Destabilisierung beitragen könnten. Zwar existiert mit dem bestehenden EU-Äquivalenzregime schon heute ein Marktzugangsmechanismus für Drittstaaten, doch fußt dieser auf einer kurzfristig revidierbaren Entscheidung der Europäischen Kommission, ob die regulatorischen Rahmenbedingungen des Drittstaates mit denen der EU vergleichbar sind.

### **Fokus auf Stabilität**

Das Hauptziel der Verhandlungen sollte aus Sicht des Finanzmarktes die Schaffung eines verlässlichen Rahmens sein, der einen reibungslosen Übergang gewährleistet. Dies ist sowohl für die langfristigen Entscheidungen der Marktteilnehmer als auch die generelle Stabilität der Märkte unerlässlich. Wichtige Bestandteile eines Freihandelsabkommens sind dabei die enge Zusammenarbeit bei Regulierungs- und Aufsichtsfragen sowie der Verzicht auf Regulierungs- oder Steuerdumping. Zur

Sicherstellung des Handels sollten zudem einzelne Zahlungssysteme und Clearing-Häuser gegenseitig anerkannt werden und die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden weiterhin eng zusammenarbeiten. Zwingend ist zudem die Einhaltung der Transparenz- und Datenschutzanforderungen.

### **Reform des Äquivalenzregimes**

Um den gegenseitigen Marktzugang verlässlicher zu machen, bedarf es parallel einer Überarbeitung des Äquivalenzrahmens. Hier kommen nichtlegislative Maßnahmen wie die Schaffung eines objektiveren Entscheidungsmechanismus und kohärenter Grundsätze für die Bewertung der Gleichwertigkeit von Drittstaaten in Frage. Zudem sollte der Anwendungsbereich der Äquivalenzregeln auf sämtliche Dienstleistungen wie beispielsweise Zahlungsverkehr oder Zentralverwahrer ausgeweitet werden und prinzipiell die Transparenz und Verlässlichkeit der Äquivalenzentscheidungen erhöht werden.

### **Position des Bankenverbandes**

Der Bankenverband begrüßt den Beginn der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich, warnt aber angesichts des knappen Zeitrahmens und kontroversen Positionen vor möglichen negativen Auswirkungen. Für den Finanzplatz Deutschland sind und bleiben verlässliche Strukturen und enge Beziehungen mit Großbritannien und dem Finanzplatz London essenziell.

### Kontakt:

Dietmar Schwarz  
Leiter Verbindungsbüro Berlin  
dietmar.schwarz@bdb.de

### Link:

[Positionspapier Äquivalenzpapier](#)

### Schlagwörter:

Brexit  
Äquivalenz